

Europa gegen Google & Co?

In Kürze

- Globale IT-Konzerne sammeln Daten, um personalisierte Werbung anzubieten.
- Diese Geschäftspraktiken stehen im Spannungsfeld zu europäischen Werten und Gesetzen.
- Die europäische Datenschutzreform will Firmen wie Google dazu zwingen, europäische Grundrechte zu respektieren.
- Die Umsetzung dieser Vision in die politische Praxis ist jedoch von Bruchlinien und Konflikten geprägt.
- Neben der Regulierung von globalen Suchmaschinen sollte Europa vermehrt auf Rechtsdurchsetzung und Privatsphäre-freundliche Technologien setzen.

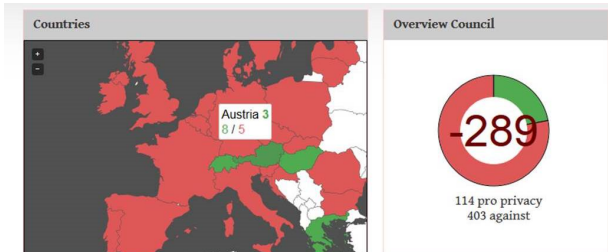
Worum geht es?

Die Suchmaschine Google hält in den meisten europäischen Ländern einen Marktanteil von über 90 Prozent. Sie wird im Silicon Valley entwickelt und entstammt damit einer ganz speziellen Wirtschafts- und Innovationskultur, die als „Californian Ideology“ interpretiert wurde. Dieses Label steht für die Verbindung der freiheitsliebenden Hippiebewegung und der geschäftstüchtigen Yuppiebewegung. Aus dieser Verknüpfung erwuchs eine Suchmaschine, die aufgrund ihres State-of-the-Art Suchalgorithmus, aber auch aufgrund ihres cleveren Geschäftsmodells große Teile der Welt erobert hat.

Google verarbeitet persönliche Daten zu detaillierten NutzerInnen-Profilen, die zur Schaltung von zielgruppenspezifischer Werbung herangezogen werden. Diese Profile speisen sich aus Daten ganz unterschiedlicher Google-Dienste – von der einfachen Websuche über Kartendienste, Mailservices, oder soziale Medien bis hin zu „intelligenten“ Artefakten wie der Google-Brille. Nicht zuletzt seit den Snowden-Enthüllungen

werden diese Geschäftspraktiken zunehmend kritisch diskutiert. In Europa sieht sich Google mit einer Reihe von Vorwürfen konfrontiert, die vom Missbrauch seiner Quasi-Monopolstellung, über Datenschutzverletzungen, bis hin zur Kollaboration mit Geheimdiensten reichen.

Im Zuge dieser wachsenden Kritik hat die Europäische Union eine umfassende Datenschutzreform angekündigt. Im Jänner 2012 wurde der erste Entwurf der „Datenschutz-Grundverordnung“ vorgestellt. Sie soll für alle Mitgliedstaaten direkt bindend sein. Das Hauptziel der Datenschutzreform ist es, Google & Co dazu zu zwingen, europäische Werte und Gesetze zu respektieren – z.B. durch Regeln zur expliziten Zustimmung zur Datenweitergabe, Strafen bei Verstößen bis zu fünf Prozent des Jahresumsatzes, sowie einer gemeinsamen Rechtsdurchsetzung durch koordinierte Datenschutzbehörden. Gleichzeitig sprach der Europäische Gerichtshof (EuGH) mit dem „Recht auf Vergessen“ kürzlich ein bemerkenswertes Urteil: Auf Basis der bestehenden EU-Datenschutzrichtlinie verpflichtet er Google, illegitime Inhalte über eine Person aus dem Google-Index zu streichen, wenn diese das verlangt. Im Gegensatz zum EuGH stehen aber nicht alle Mitgliedstaaten einheitlich hinter strengen Datenschutzstandards. Tatsächlich sind laut LobbyPlag.eu Österreich, Ungarn, Schweiz und Griechenland die einzigen Länder, die mehr Abänderungsanträge für ein strenges Datenschutzgesetz eingebracht haben, als dagegen.



LobbyPlag.eu zeigt, dass der Großteil der europäischen Länder im Ministerrat gegen ein strenges Datenschutzgesetz arbeitet.

Angesichts dieser Entwicklungen stellt das Projekt „Glokale Suche“ folgende Fragen: Welche Visionen und Werte leiten die europäische Suchmaschinenpolitik und wie werden diese in politisches Handeln umgesetzt? Welche Herausforderungen stellen sich und welche Alternativen kann Europa anbieten? Welche Rolle spielt Österreich in der europäischen Suchmaschinenpolitik? Dazu wurden Diskursanalysen europäischer Politikdokumente und österreichischer Medien, sowie qualitative ExpertInnen-Interviews durchgeführt.

Eckdaten

Projekttitle:	Glokale Suche
Projektteam:	A. Mager
Laufzeit:	3/2012 – 6/2015
Auftraggeber:	Jubiläumsfonds der OeNB (Projektnr. 14702)

Wesentliche Ergebnisse

Die Analyse der Politikdokumente zeigt sehr deutlich, dass sich in den letzten Jahren ein europäischer Wertediskurs herausbildet hat, der Grundrechte wie das Recht auf Privatsphäre, Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung als zentrale Elemente der europäischen Identität sieht. Zuerst hatten EU-Papiere die US-amerikanische Rhetorik von Internettechnologien als Wirtschaftsmotor übernommen. Angesichts aktueller Entwicklungen beschreiben sie Google & Co nun häufiger als Eindringlinge in unsere Privatsphäre und als Gefahr für unsere Menschenrechte. Die Datenschutzreform gilt als zentrales Werkzeug, das global agierende Internetfirmen zur Wahrung europäischer Werte verpflichten soll.

Wie brüchig jedoch die europäische Identität in Sachen Datenschutz ist, zeigt der Blick in österreichische Medien. Nach der ersten Euphorie über die angekündigte Datenschutzreform treten bald Interessenskonflikte in den Vordergrund. Die „Schlacht“ (Falter 28/13) oder der „Kampf“ (Österreich 09/2012) verläuft dabei an mehreren „Fronten“ (Presse 10/2013). Einerseits konstruieren Medien eine „Kluft“ (Presse 1/2011) zwischen den USA und Europa – in diesem Kontext wird Europa als durchgängig datenschutzfreundlich dargestellt. Andererseits thematisieren Medien innereuropäische Konflikte, wenn es um die praktische Verhandlung der Datenschutzreform geht. Österreich stehe dabei als grundrechtsfreundliches Land im Kontrast zu Ländern wie Irland oder Großbritannien. Diese sehen ihren wirtschaftlichen Erfolg durch ein strenges Datenschutzgesetz bedroht. Politik und Medien bedienen sich also einer Rhetorik der Ermächtigung, wenn Europa andere Länder (die USA) adressiert. Diese zerfällt aber in einen Chor ganz unterschiedlicher Stimmen, wenn Europa mit sich selbst konfrontiert ist.

Interviews mit ExpertInnen ergeben schließlich, dass sich Suchmaschinenpolitik von traditioneller Politikgestaltung weitgehend verabschiedet hat. Ein Großteil der Fachleute charakterisiert insbesondere US-amerikanische Lobbyorganisationen, aber auch zivilgesellschaftliche Gruppen als zentrale Akteure in den Verhandlungen der Datenschutzreform. Sie alle verfolgen unterschiedliche Strategien, um ihre Interessen in die Datenschutz-Grundverordnung einzuschreiben. Ihre Ressourcen und Möglichkeiten sind dabei höchst ungleich verteilt. Weiters setzen Firmen wie Google bereits „faktisch globale Datenschutzstandards“, wie es ein Gesprächspartner ausgedrückt hat. Es bilden sich also nicht nur geopolitische Machtbeziehungen, sondern auch hegemoniale Kräfteverhältnisse in der europäischen Suchmaschinenpolitik ab, die weit über Europas Grenzen hinausgehen.

Was tun?

Europäische Suchmaschinenpolitik setzt primär auf Regulierung und Abgrenzung von US-amerikanischen Internettechnologien. Zusätzlich wäre die Entwicklung einer eigenständigen Vision wichtig. Diese sollte nicht allein in Gesetzestexte, sondern auch in Rechtsdurchsetzung und datenschutzfreundliche Technologien münden.

- Der EuGH hat mit dem Urteil „Recht auf Vergessen“ gezeigt, dass Rechtsdurchsetzung auf Basis bestehenden EU-Datenschutzrechts möglich ist. Österreich sollte mittels besserer Ausstattung der Datenschutzbehörde – dem zentralen Organ nationaler Rechtsdurchsetzung – seine grundrechtsfreundliche Haltung in die gelebte Praxis übersetzen.
- Zivilgesellschaftliche Gruppen sind zentrale Akteure gegenwärtiger Suchmaschinenpolitik. Ihre Arbeit sollte gestärkt werden, um das ungleiche Machtverhältnis zur Industrie auszugleichen – sowohl auf europäischer als auch auf österreichischer Ebene.
- Das EuroPriSe Datenschutz-Gütesiegel, das datenschutzkonforme IT-Services auszeichnet, kann als erster Schritt in Richtung Implementierung von Datenschutz in Technologie gesehen werden. Nationale Förderanreize für, sowie positive Diskriminierung von privatsphärenfreundlichen Technologien in Ausschreibungen sind weitere notwendige Schritte.

Zum Weiterlesen

Mager, A. (2014) Is small really beautiful? Big search and its alternatives, in: König, R.; Rasch, M. (Hg.) *Society of the Query Reader. Reflections on Web Search*, Amsterdam: Institute of Network Cultures: 59-72

networkcultures.org/query/wp-content/uploads/sites/4/2014/06/5.Astrid_Mager.pdf

Kontakt

Dr. Astrid Mager

E-mail: tamail@oeaw.ac.at

Telefon: +43(1)51581-6598

